

Politisches Engagement oder Verweigerung - was nützt dem Fortschritt der Demokratie?

Was tun, wenn man von der Demokratie desillusioniert ist? Vor dieser Frage dürfte in demokratischen Staaten mittlerweile eine Mehrheit der Bürger stehen, und die Antwort hierauf ist alles andere als einfach. Zwei Alternativen sind möglich. Die eine ist ein fortgesetztes, wenngleich ernüchtertes politisches Engagement, das Engagement als Wähler beispielsweise oder auch als Mitglied einer Partei oder sonstigen politischen Organisation. Die andere Alternative ist die politische Verweigerung. Es ist das bewusste Nichtwählen und das Nichtmitwirken in politischen Parteien und Organisationen.

Die Verweigerungsalternative ist natürlich die konsequentere. Es ist die Konsequenz daraus, dass jede Mitwirkung an dieser Demokratie als grundsätzliches Einverständnis gedeutet werden kann, als Zufriedenheit beispielsweise mit dem Parteienwesen und als eine Art Komplizenschaft mit dessen politischen Akteuren. Diese Missverständlichkeit zeigt sich immer wieder deutlich bei demokratischen Wahlen. Von Befürwortern des bestehenden Staates, von Parteien beispielsweise und den dominanten politischen Medien, wird jeder noch so geringe Wiederanstieg, jedes Nichtabsinken und werden sogar Verlangsamungen des Absinkens der Wahlbeteiligung immer wieder als Einverständnis Bürger mit der bestehenden Demokratie interpretiert. Je höher noch die Wahlbeteiligung oder je geringer deren Rückgang, desto weniger gefährdet erscheint noch das politische System. Wer sich politisch engagiert, befördert daher zumindest das Missverständnis, die Desillusionierung über die Demokratie sei nur ein Ausrutscher des Zeitgeistes.

Um nicht in dieser Weise missdeutbar zu sein, bleibt dem desillusionierten Bürger wenig anderes, als seine Skepsis durch Nichtwählen und durch Verweigerung sonstiger politischer Engagements zu signalisieren. Nur so lässt sich die Überzeugung vermitteln, allen demokratisch wählbaren politischen Parteien und Kandidaten mangle es an Kompetenz, Weitblick oder moralischer Sensibilität oder an allem zugleich. Jedes direkte oder indirekte Engagement und jede Wählerstimme für eine Partei oder einen Kandidaten würde hiervon nur ablenken.

Aber nicht nur die demokratische Teilhabe, sondern auch deren Verweigerung birgt ein Risiko von Missverständnissen. Die bewusste Verweigerung nämlich ist - zumindest in den Statistiken - kaum von stillschweigender Billigung der politischen Wirklichkeit zu unterscheiden. Entsprechend schwer lässt sich das wahre Ausmaß bewusster Politikverweigerung in Zahlen fassen, von demoskopischen Befunden einmal abgesehen. Wer als enttäuschter Staatsbürger seine Skepsis als Wähler kundtun will, steckt daher in einem Dilemma. Verweigert er die demokratische Teilhabe, kann ihm dies fälschlich als unkritische Gleichgültigkeit ausgelegt werden. Engagiert er sich dagegen dennoch für eine Partei oder eine Person, erscheint dies als aktives Einverständnis mit der bestehenden Demokratie.

Verweigerung, wenn möglich, Engagement, wenn nötig

Natürlich ist die Desillusionierung der Bürger unterschiedlich weit gediehen. Viele halten der Demokratie, wie sie ist, noch immer aus staatsbürgerlichem Pflichtgefühl die Treue. Andere lassen sich immer aufs Neue durch das Charisma eines Kandidaten oder durch die Rhetorik populistischer Parteien verführen und - aller unterschwelligen Demokratieskepsis zum Trotz - doch wieder zu politischem Engagement hinreißen. Je länger aber die Desillusionierung ihre Wirkung tut, desto größer wird der Anteil derer, die solchen temporären Versuchungen widerstehen. Für viele Bürger kann die Verweigerungshaltung letztlich sogar ebenso Ausdruck eines politischen Pflichtgefühls werden, wie es vormals die Teilhabe an den bestehenden demokratischen Verfahren gewesen war. Je mehr Bürger so handeln und je länger sie es tun, desto weniger missverständlich dürfte ihr politisches Signal werden.

Dennoch gibt es auch in demokratischen Staaten natürlich Situationen, in denen das Ausschlagen demokratischer Mitwirkungsrechte eine höchst fahrlässige Unterlassung wäre. Geradezu verantwortungslos wäre dies beispielsweise dann, wenn skrupellose Parteien und Kandidaten viel mehr noch als ihre Konkurrenten den Rechtsstaat zu gefährden, Minderheitenrechte zu beschneiden, Kriegsgefahren heraufzubeschwören, sozialen Zusammenhalt aufs Spiel zu setzen, ethnische und konfessionelle Konflikte zu schüren oder sich über elementare Interessen künftiger Generationen hinwegzusetzen drohten. Wenn solche politischen Kräfte mehrheitsbildend werden oder gar eine eigene politische Mehrheit gewinnen könnten, ist natürlich das politische Engagement des verantwortungsbewussten Bürgers dringend geboten, wie ernüchtert er vom bestehenden politischen System auch sein mag. Dann spricht alles dafür, sich politisch für ein kleineres Übel zu engagieren, auch wenn dies als Einverständnis mit dem Ganzen der Demokratie missdeutet werden könnte.

In der Demokratie, wie sie ist, schließen solche politische Teilhabe und politische Verweigerung einander aus. Man kann nicht zur selben Zeit das Eine und das Andere, man kann nur einmal das Eine, ein anderes Mal das Andere tun. Dies ist so, obwohl Verweigerung und Teilhabe auf politische Ziele ganz verschiedener Art gerichtet sind. Das Ziel der Verweigerung ist sehr langfristiger Natur. Verweigerung signalisiert ein grundlegendes Nichteinverständnis, das nur durch grundlegende Reformen des demokratischen Staates zu beheben wäre, und der Weg zu solchen Reformen wäre lang. Wer demokratische Teilhabe ausschlägt, tut dies daher nicht etwa in der Erwartung, dass der Staat sich in der kommenden Legislaturperiode grundlegend wandeln würde. Solch ein Wandel wäre eine Angelegenheit von Jahrzehnten, wenn nicht sogar ein Generationenprojekt. Herkömmliches demokratisches Engagement zielt dagegen vorrangig auf Wirkungen in einer anstehenden Amts- und Legislaturperiode und damit auf das politische Geschehen über einen Zeitraum von durchschnittlich maximal vier bis fünf Jahren.

Der verantwortungsbewusste demokratieskeptische Bürger hat daher von Fall zu Fall abzuwägen, ob er einem langfristigen Reformsignal oder einem kurzfristigen

Engagement für eine Partei oder eine Person den Vorrang gibt. Er wird weder das Eine noch das Andere zum Dogma machen. Er wird sich politisch verweigern, wann immer es ihm vorrangig um das langfristige Anliegen geht, und er wird sich für eine Partei oder einen Kandidaten engagieren, wann immer er kurzfristig Schlimmes verhindern helfen will. Je ähnlicher aber die mehrheitsbildenden Parteien einander werden, desto eher wird er sich für die Verweigerung entscheiden. Auf längere Sicht dürfte daher die Verweigerung mehr und mehr zum Normalfall, politisches Engagement dagegen eher zum Ausnahmefall werden.

Das Ende der Verweigerung: die Proteststimme

Dass die Bürger sich entscheiden müssen, ob sie sich mit kurzfristigem Anliegen engagieren oder mit langfristigem Anliegen verweigern, mag vorerst noch als ein unausweichliches Dilemma erscheinen. Die bestehende Demokratie wenigstens erlaubt nicht, sich etwa an herkömmlichen Wahlen zu beteiligen und dennoch Demokratieskepsis zu signalisieren. In fast allen demokratischen Wahlen ist jede Wählerstimme eine Stimme für eine Partei oder einen von einer Partei nominierten Kandidaten, und wer den Parteien und Kandidaten grundsätzlich misstraut, kann dies daher nur durch Verweigerung zum Ausdruck bringen.

Dies ist den bestehenden Demokratien so, aber unabänderlich ist es dennoch keineswegs. Es ist vielmehr die Folge eines Konstruktionsfehler im demokratischen Verfahren. Fehlerfreier und damit fortschrittlicher wäre ein Verfahren, in dem die Wähler nicht nur für Parteien und Kandidaten votieren, sondern allen Kandidaten explizit ihr Vertrauen absprechen könnten. Noch fortschrittlicher wäre ein Verfahren, bei dem die Wähler beides zugleich tun könnten: bei dem sie für das aus ihrer Sicht kleinere politische Übel votieren und dennoch auch ihre generelle Demokratieskepsis zum Ausdruck bringen könnten.

Eine Korrektur des Wahlrechts, die dies ermöglicht, wäre ein unspektakulärer Eingriff in die politische Ordnung. Formell bedürfte es sogar nur einer geringfügigen Umgestaltung der Wahlzettel, aber die Folgen wären umso spektakulärer. Eine solche Neuerung würde nicht nur die bestehende Missverständlichkeit der politischen Signale beseitigen und nicht nur das Dilemma demokratieskeptischer Bürger auflösen, sich zwischen lang- und kurzfristigem politischem Signal entscheiden zu müssen. Wenn die Wähler ihre grundsätzliche Demokratieskepsis auch in Wahlen artikulieren könnten, ohne auf die Stimmenabgabe für Parteien und Personen zu verzichten, dann könnte der demokratische Staat sich auf Dauer schwerlich noch grundlegenden Reformen des politischen Systems verweigern. Dies gilt auch und vor allem für Reformen hin zu einer neokratischen Umgestaltung der politischen Ordnung.

03 – 2008

www.reformforum-neopolis.de